

Mehr Verdienst, weniger Chancen?

Viele Menschen mit Behinderung arbeiten, weil sie am Leben teilhaben möchten. In den Betrieben sind sie oft überfordert. Nun soll ihnen ein Gesetz den Mindestlohn sichern. Die Träger der Werkstätten schlagen Alarm.

Von Christian Eckl

Erika Stelzl kommt einfach gern jeden Morgen zur Arbeit: „Sie gibt meinem Leben einen Sinn“, sagt sie. „Ich arbeite in der Wäscherei und mein Arbeitsalltag ist sehr vielfältig.“ Auch Daniel Hanseder ist zufrieden. „Die Arbeit macht mir viel Spaß, weil die Tätigkeit meinen Fähigkeiten entspricht und angepasst werden kann.“ Stelzl und Hanseder sind beide Werkstattträte. Sie sprechen für ihre Kolleginnen und Kollegen, die wie sie in einer Einrichtung für Menschen mit Behinderung arbeiten. Der Träger, die Katholische Jugendfürsorge, betreibt solche Werkstätten, um Menschen mit Behinderung auf dem „Besonderen Arbeitsmarkt“ zu beschäftigen.

Anders als der „Reguläre Arbeitsmarkt“ aber bekommen diese Menschen keinen Mindestlohn. Das wollen die Bundesregierung und Arbeitsminister Hubertus Heil jetzt ändern. Ist das gerecht? Vielleicht. Doch die Träger der Werkstätten laufen Sturm gegen die Neuerung. „Das wird die Betroffenen nicht in den regulären Arbeitsmarkt führen“, sagt Johannes Magin, der bei der KJF für die Behindertenwerkstätten zuständig ist. KJF-Direktor Michael Eibl hat sich jetzt mit einem Brandbrief an den zuständigen Minister gewandt. „Wenn das so kommt, wie es die Regierung plant, ist es das Ende der Behindertenwerkstätten“, sagt Eibl. Doch weshalb?

Ministerium weist Kritik an der Reform zurück

Das Anliegen wirkt auf den ersten Blick sozial und nachvollziehbar. Derzeit verdient ein Mitarbeiter in einer Behindertenwerkstatt der KJF pro Jahr 5050 Euro, also monatlich 420 Euro. Der Durchschnittsverdienst in deutschen Werkstätten ist nur halb so hoch. Jetzt will die Ampel-Regierung dafür Sorge tragen, dass auch Menschen in den Behindertenwerkstätten Mindestlohn verdienen – also das Fünffache in Regensburg und das Zehnfache in Deutschland, nämlich knapp 25 000 Euro im Jahr.

Bislang konnten sich Betriebe, die eine Quote von fünf Prozent an Schwerbehinderten in ihrem Personalstamm nicht erfüllen, durch Aufträge an Behindertenwerkstätten quasi freikaufen. Das will Arbeitsminister Heil abschaffen. „Unsere Mitarbeiter in den Werkstätten



Deutschlandweit arbeiten 270 000 Menschen mit Behinderung in Werkstätten. Sie verdienen deutlich unter dem Mindestlohn. Die Regierung will das ändern, die Träger schlagen Alarm. Fotos: Regina Bäuml/Juliane Zitzlsperger/Petra Homeier



„Ich fühle mich in der Arbeit sehr wohl, weil auf meine Ansprüche eingegangen wird.“

Daniel Hanseder, Werkstattträt in St. Johannes Regensburg



„Etwas Besseres hätte mir nicht passieren können, als das Arbeiten nicht mehr möglich war.“

Erika Stelzl, Werkstattträtin in Bruder Konrad Mitterfels



„Das führt Betroffene nicht in den regulären Arbeitsmarkt, sondern in die Grundsicherung.“

Johannes Magin, Abteilungsleiter Teilhabeleistungen KJF



„Wenn das so kommt, wie es die Regierung plant, ist es das Ende der Behindertenwerkstätten.“

Michael Eibl, Direktor der Katholischen Jugendfürsorge

sind nicht kündbar“, beschreibt Eibl die Sonderstellung der Menschen mit Behinderung, die nicht am sogenannten „Regulären“, sondern am „Besonderen Arbeitsmarkt“ tätig sind. Magin erklärt, wieso diese Menschen besondere Fürsorge brauchen: „Wir haben Mitarbeiter, die müssen morgens erst einmal zwei Stunden durch die Einrichtung laufen und mit jedem reden. Das kann man in einer unserer Werkstätten durchaus“, sagt der Abteilungsleiter Teilhabe bei der KJF. „In der freien Wirtschaft hätte es dieser Mitarbeiter sehr schwer.“

Der Verdienst der Menschen mit Behinderung in den Werkstätten setzt sich so zusammen, dass die Einnahmen aus den Aufträgen der Wirtschaft auf die Betriebskosten, die Fachkräfte und die Mitarbeiter mit Behinderung verteilt werden. Weil diese Menschen jedoch nicht die Arbeitskraft haben, die in der freien Wirtschaft auch im Mindestlohn-Bereich gefordert wird, werden sie besonders gefördert. Das aber senkt die Produktivität, doch um die geht es bei den Werkstätten auch gar nicht.

Das zuständige Ministerium weist die Kritik der Werkstattträger zurück. „Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales arbeitet derzeit an dem Ent-

wurf eines Zweiten Gesetzes zur Förderung eines inklusiven Arbeitsmarkts“, sagt ein Sprecher. „Ziel dieses Gesetzes ist es, die Arbeitsleistung der Werkstattbeschäftigten besser anzuerkennen und deren Übergänge in den allgemeinen Arbeitsmarkt zu fördern.“

Audi, Krones und BMW übererfüllen die Quote

Dass längst nicht alle Betriebe die Werkstätten beauftragen, damit sie der Ausgleichsabgabe auskommen, zeigt das Beispiel von Maschinenbauer Krones mit Sitz in Neutraubling (Lkr. Regensburg). Der Weltmarktführer bei Abfüllanlagen für die Getränkeindustrie beschäftigt deutschlandweit 600 schwerbehinderte Arbeitnehmer in den eigenen Reihen. „Wir erfüllen die gesetzliche Quote und brauchen damit keine Ausgleichsabgabe zahlen. Insofern macht es für uns keinen Unterschied, ob die Bundesregierung die Anrechnung von Werkstattaufträgen streicht oder nicht“, sagt Konzernsprecherin Ingrid Reuschl. Sie sagt aber auch: „Wir halten so und so an der Beauftragung von Behindertenwerkstätten fest. Die Kooperation hat sich einfach bewährt.“ Die Aufträge an die Werkstätten sind vielfältig. „Das reicht von

Dreh- und Frästeilen bis hin zu Montagedienstleistungen“, heißt es. Die Regensburger Werkstätten fertigen beispielsweise die Füße, auf denen die Transportbänder der Krones-Anlagen stehen. „Hier haben wir eine große Variantenkomplexität“, sagt die Sprecherin. „Auch dies stellt in der Abwicklung kein Problem dar.“

Auch in der Autoindustrie in der Region werden die Kapazitäten der Werkstätten genutzt. Daniel Hanseder verbaut beispielsweise in Regensburg Kleinteile für Lüftungs- und Klimaanlage verschiedener Automobilhersteller. BMW-Sprecher Hans-Peter Ketterl sagt, bei BMW seien sechs Prozent der Mitarbeiter schwerbehindert, damit würden die Anforderungen des Sozialgesetzbuches übererfüllt. „Aus diesem Grund sind Ausgleichszahlungen für uns kein Thema“, so Ketterl. Allein im Jahr 2023 vergab BMW deutschlandweit gleichzeitig Aufträge in einem Gesamtvolumen von knapp 43 Millionen Euro an Werkstätten für Menschen mit Behinderung. „Bei den Vergaben handelt es sich vorwiegend um Verpackungs- und Entwicklungsdienstleistungen beziehungsweise kleinere Serienbauteile“, erläutert das BMW-Vorstandsmitglied für Personal.

„Insgesamt sind wir sehr zufrieden mit der Qualität der Behindertenwerkstätten“, sagt Ketterl. „Vor allem sehen wir hohe Qualitätsstandards durch weiterführende Qualitätsprüfungs-schleifen und selten Lieferprobleme.“

Auch Audi in Ingolstadt bestätigt die hohe Qualität: „Audi sieht die Integration schwerbehinderter und leistungsgewandelter Menschen in Gesellschaft und Wirtschaft als wichtigen Teil unserer unternehmerischen Verantwortung“, sagt ein Sprecher. Deshalb kooperiert Audi bereits seit vielen Jahren mit der Lebenshilfe, die beispielsweise Werkstattstandorte in Ingolstadt, Gaimersheim und Neuburg an der Donau betreibt. Auch Audi übererfüllt die Quote für Beschäftigte mit Schwerbehinderung, wäre also von einer Änderung der Gesetzeslage nicht betroffen. In den Werkstätten der Lebenshilfe werden Automobilteile wie verschiedene Pumpen, Dämpferbeine, Zusatzwasserkühler, Ventilblöcke oder Bordwerkzeug zu einem Zusammenbau für Audi montiert. Es wird in Gruppen gearbeitet, schildert ein Audi-Sprecher. „Die Aufgaben sind auf die individuellen Bedürfnisse der Menschen mit Behinderung optimal angepasst. Alle Mitarbeitenden in-

Besondere Arbeit

Zahlen: Deutschlandweit sind etwa 270 000 Menschen in Behindertenwerkstätten beschäftigt. Allein in der Oberpfalz gibt es 14 anerkannte Hauptwerkstätten und 19 Betriebsstätten, in Niederbayern sind es zwölf Hauptwerkstätten und 29 weitere Betriebsstätten. In Niederbayern und der Oberpfalz kommen auf 1000 Erwerbstätige 4,5 Menschen, die in Behindertenwerkstätten arbeiten.

Fachkräfte: Allein in den Werkstätten der Katholischen Jugendfürsorge Regensburg mit Werkstätten etwa auch in Straubing arbeiten derzeit 1200 Menschen mit Behinderung sowie 300 weitere Personen als Fachpersonal. *ce*

nerhalb einer Gruppe werden persönlich betreut“, so der Sprecher weiter. Bei der KJF betont man, dass man aber auch Aufträge von kleineren Unternehmen bekommt – beispielsweise im Catering und in der Wäscherei. Diese könnten die Quote oft nicht erfüllen und gleichen dies auch mit Aufträgen an die Werkstätten aus.

Opposition und Regierung sind bei dem Thema gespalten. Der Regensburger CSU-Bundestagsabgeordnete Peter Aumer geht hart ins Gericht mit den Plänen. Er habe sich die Werkstätten angesehen und mit Menschen dort gesprochen: „Solche Gespräche würde ich auch Arbeitsminister Heil empfehlen. Dann bekäme er einen Einblick in die Realität, der in seinem aktuellen Vorschlag eindeutig fehlt.“

Betroffene werden nun in Berlin angehört

Sein SPD-Pendant Carolin Wagner sieht das anders: „Menschen mit Behinderung, die auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt arbeiten wollen und können, sollen auch die Chance bekommen, leichter zu wechseln“, sagt sie. „Uns geht es auch darum, die Einkommenssituation von Werkstattbeschäftigten zu verbessern und die Bedingungen hinsichtlich eines Überganges auf den allgemeinen Arbeitsmarkt neu zu justieren.“ Die Verantwortlichen der Träger befürchten, dass dies das Ende der Werkstätten und damit der Förderung von Menschen mit Behinderung sein wird, die am „Regulären Arbeitsmarkt“ nicht zurechtkommen würden.

Jetzt aber kommen erst einmal Menschen wie Daniel Hanseder und Erika Stelzl zu Wort. Denn im September wird sich die Bundestagsfraktion der SPD die Meinung der Werkstattträger anhören. Und Mitsprache ist ohnehin etwas, das sich Menschen mit Behinderung wünschen.

Der Bärenfellmütze soll es an den Kragen gehen

Der Palastwache von König Charles III. droht eine Änderung auf ihren Köpfen.

Von Jochen Wittmann

Wer kennt sie nicht, die schwarzen Bärenfellmützen des Garderegiments Ihrer Majestät? Wann immer eine Wachablösung am Londoner Buckingham Palast ansteht, ziehen die langen Kerls der Palastwache mit ihren 45 Zentimeter hohen Mützen auf dem Kopf auf, die wie umge-

drehte plüschige Abfalleimer aussehen. Die Tracht soll sie noch größer und respekteinflößender machen. Zumindest bei den Touristen kommt der Look gut an. Die Bärenfellmütze ist genauso ikonisch britisch wie Big Ben oder der rote Doppeldeckerbus.

Jetzt soll es der Bärenfellmütze an den Kragen gehen. Die Tierschutzorganisation „People for the Ethical Treatment of Animals“ (Peta) will das Verteidigungsministerium dazu bewegen, dass die umstrittene Kopfbedeckung nicht mehr wie bisher aus Bären-, sondern aus Kunstfell hergestellt werden soll. Immerhin

braucht es für solch eine Mütze einen ganzen kanadischen Schwarzbären, der seinen Pelz dafür hergeben muss, natürlich nicht freiwillig. Neben dem moralischen Argument führt Peta ein Finanzielles an. 2040 Pfund, umgerechnet 2400 Euro, kostet mittlerweile eine einzige Bärenfellmütze, gut 30 Prozent mehr als noch im Vorjahr. Petas Vizepräsidentin Elisa Allen forderte daher das Verteidigungsministerium auf, „nicht mehr das Geld der Steuerzahler für Mützen von geschlachteten Wildtieren zu verschwenden und heute noch zu Kunstfell zu wechseln“.

Das Ministerium ist skeptisch. Man hatte schon früher mit Fell-Imitaten experimentiert. Das Ergebnis war enttäuschend. Bei Regen wurden die Mützen zu schwer, und die Strähnen hingen den Soldaten ins Gesicht. Wenn zu viel elektrische Spannung in der Luft lag, konnten sich die Kunstfasern unvermittelt auflustern – auch kein würdiger Anblick. „Wir bleiben offen gegenüber Vorschlägen“, ließ das Verteidigungsministerium verlauten, „wenn sie die nötigen Ansprüche erfüllen können“. Bis jetzt aber habe die Industrie noch „keine Alternative bieten können, die alle Kriterien erfüllt.“

Das sei nicht wahr, so Peta. Man habe schon vor drei Jahren ein Produkt des weltweit führenden Kunstfellherstellers ECOPEL vorgestellt, das allen Anforderungen genügen würde. Doch die Militärs bestreiten, dass die Alternative überzeugt. Jedoch steigt jetzt der Druck erheblich, nicht zuletzt von royaler Seite nachdem mit König Charles und Königin Camilla zwei sehr umweltbewusste und tierliebende Monarchen Einzug im Palast genommen haben. Camilla hat sich entschieden, lieber Kunstpelz zu tragen und ließ wissen, sie wolle „keine neuen Pelzbekleidungsstücke mehr kaufen“.



In der Kritik: Die traditionellen Bärenfellmützen der britischen Palastwache. Foto: Chown, dpa